

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

[08.12.2022]

MdL Henning Foerster

**TOP 33 Zuwendungen an Auszubildende in Berufen mit Fachkräftengpass**  
- Drucksache 8/1571-

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Die AfD Fraktion hat im Wirtschaftsbereich offensichtlich das Thema Fachkräftemangel für sich entdeckt. Ohne Zweifel ist die Fachkräftesicherung neben der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit eine von zwei zentralen Herausforderungen im Kontext der Arbeitsmarkt- und der Wirtschaftspolitik.

Dieser Antrag kommt im Wortlaut zwar etwas anders daher, hat aber nahezu den identischen Inhalt, wie alle anderen, mir bislang bekannten Anträge der AfD Fraktion zum Thema. Wenn man es zuspitzen wollte, könnte man es auf den einfachen Tenor Steuergelder für die Wirtschaft und Menschen gegeneinander ausspielen bringen.

Wie komme ich zu dieser Einschätzung? Mit dem vorliegenden Antrag soll erwirkt werden, dass zwischen 12 und 36 Millionen Euro jährlich aus dem Landeshaushalt für Zuschüsse an Auszubildende bereitgestellt werden, wenn sie einen Beruf ergreifen, in dem es aktuell einen Fachkräftengpass gibt.

Anstatt also die Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen, deren vornehmste Pflicht es zunächst einmal ist, eigene Aktivitäten zu entfalten, um junge Leute für sich zu begeistern, soll es der Staat mit Millionen von Zuschüssen richten. Ich möchte nicht missverstanden werden. Selbstverständlich muss auch die Politik auf die unbestritten schwierige Lage am Ausbildungs- und teilweise auch am Arbeitsmarkt reagieren. Und das tut sie ja auch, im Übrigen gemeinsam mit den Sozialpartnern sowie der Bundesagentur für Arbeit zum Beispiel im Zukunftsbündnis.

Dort werden traditionell so genannte Steckbriefe zu besonders relevanten Themen erarbeitet und als Arbeitsgrundlage besprochen. Ich nenne beispielhaft mal einige Themen aus den letzten beiden Runden. Entwicklung eines industriepolitischen Konzeptes, Ausbau von Wertschöpfungsketten, Stärkung von Forschung und Entwicklung, Umsetzung einer norddeutschen Wasserstofftechnologie, Potentiale zur Rückgewinnung von Pendlern, Steigerung der Attraktivität der Berufsausbildung, Sicherung der Berufsschulstrukturen oder flächendeckende Schaffung von Jugendberufsagenturen.

Flankierende Maßnahmen, vor allem struktureller Art sind also richtig und notwendig. Die AfD Fraktion geht hier allerdings einen völlig anderen Weg. Sie schlägt vor, jährlich einen

großen Batzen Geld in die Hand zu nehmen und die Unternehmen um 100 bis 200 Euro zu entlasten. Mir stellt sich da die Frage, warum das die Unternehmen nicht selbst machen? Wenn der absolute Mangel bereits bei den Auszubildenden besteht, ist es dann wirklich eine Frage von 100 bis 200 Euro mehr im Monat oder gibt es nicht andere Gründe?

Schauen wir uns doch mal die Mittelfristprognose 2026 der Bundesregierung zum Thema Fachkräftemangel an. Mittelfristig wird es wahrscheinlich insbesondere an IT-Berufen und solchen der technischen Forschung mangeln. Dazu auch an Berufen im Gesundheits- und Pflegesektor oder in der Hotellerie. Aber auch im Baugewerbe. Schon diese Bandbreite zeigt, dass es doch offensichtlich nicht an 100 oder 200 Euro mehr Ausbildungsvergütung liegt.

Also zumindest im Baugewerbe und in IT-Berufen sind die Vergütungen im oberen Bereich der Skala. Und deshalb greift ihr Ansatz zu kurz. In Deutschland, wie in vielen anderen Industrienationen führt der demografische Wandel dazu, dass es weniger Beschäftigte gibt, als Arbeit vorhanden ist. Es wird folglich einen Punkt geben, an dem es einfach unmöglich wird, Stellen zu besetzen, weil schlicht die Leute fehlen.

Die rot-rote Landesregierung wird in diesem Land ihrer Verantwortung gerecht und sucht verschiedenste Mittel und Wege, um das vorhandene Potential zu erschließen. Dabei wird keine Gruppe ausgeblendet, weder die im Übergangssystem Schule-Beruf gestrandeten Jugendlichen, noch die älteren arbeitslosen Akademiker oder gar die Langzeitarbeitslosen.

Meine Damen und Herren,

und wenn ich dann in der Begründung des Antrags wieder diesen Unsinn lese, dass mit 50 Euro Inflationsausgleich für Bürgergeldbeziehende vermeintlich massive Fehlanreize gesetzt und das Fachkräfteproblem erheblich verschärft werden, dann schwillt mir wirklich der Kamm.

Schon diese fachlich völlig unqualifizierte Passage reicht im Grunde aus, um diesen Antrag abzulehnen. Deshalb nur noch einmal der kurze und ernst gemeinte Hinweis auf unendlich viele Studien, die belegen, dass die meisten arbeitslosen Menschen wieder arbeiten wollen, wenn sie können. Und eines möchte ich noch anfügen. Menschen in Armut zu lassen sorgt nun wirklich nicht für mehr Fachkräfte! Dafür braucht es gute, tarifliche Löhne, gute Arbeitsbedingungen, mehr Aus- und Weiterbildung, und die bessere Vereinbarkeit von Leben, Familie und Arbeit. Mehr junge Menschen brauchen passgenaue Ausbildungsplätze. Und wer im Berufsleben steht, benötigt Weiterbildung und Qualifizierung, um fit für sich verändernde Arbeitswelten zu werden.

Meine Damen und Herren,

dieser Antrag hilft uns bei der zweifelsohne bestehenden Herausforderung der Fachkräftesicherung kein Stück weiter. Wir lehnen ihn daher mit Nachdruck ab. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!